

Die Forderungen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an Bundestag und Bundesregierung

1. Es bleibt die Kernaufgabe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis, das Verhältnis unserer Gesellschaft zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland positiv und zukunftsfähig zu gestalten. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag mit dem Einzug der AfD machen es daher umso dringlicher, dass wir unsere Erwartungen und Forderungen an den neu gewählten Bundestag und die zu bildende Regierungskoalition erneut formulieren und vertreten.
2. Wir erwarten von Bundestag und Bundesregierung einen intensiven Einsatz unter der Prämisse der deutschen Staatsräson für das besondere Verhältnis zwischen Deutschland und Israel – aus historischer Verantwortung ebenso wie aus der Erkenntnis, dass unsere Gesellschaften auf den gleichen Grundsätzen beruhen – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat. Das bedeutet auch weiterhin das Eintreten für eine Lösung im Nahen Osten, die Juden und Arabern das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit zuerkennt und dabei die berechtigten und lebensnotwendigen Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt.
3. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Zuwendungen Deutschlands an die Palästinensische Autonomiebehörde über die EU und die UN endlich strikt zu kontrollieren und an die Bedingung zu knüpfen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde nicht weiter Terroristen und ihre Familien mit hohen Summen unterstützt und die jungen Menschen im palästinensischen Schulwesen nicht weiter zu Hass und Aggression erzogen werden.
4. Wir halten es für unbedingt notwendig, dass die Bundesrepublik Deutschland noch entschiedener gegen den Missbrauch der UN und ihrer Unterorganisationen wie z.B. der UNESCO auftritt, deren Mehrheiten gegenwärtig einseitig und mit doppeltem Standard Israel anklagen und die jüdische Geschichte, etwa in Jerusalem und Hebron, in absurder Weise verleugnen.
5. Wir erneuern unsere Forderung nach Einrichtung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes, das den Austausch von Jugendlichen beider Länder auf breiter und verlässlicher Basis organisieren und unterstützen kann.
6. Bundestag und Bundesregierung müssen den Antisemitismus, auch in neuen, auf Israel bezogenen Formen, ernst nehmen und daher u.a. die zentralen Forderungen der „Unabhängigen Expertenkommission Antisemitismus“ von 2017 umsetzen: Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten beim Bund; Einrichtung einer ständigen Bund-Länder-Kommission; konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten;

verstärkte und dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention, vor allem im pädagogischen Bereich; Forschung über gegenwartsbezogene Formen des Antisemitismus unter Einbeziehung der Perspektiven der jüdischen Gemeinschaften.

7. Die Bundesregierung hat die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) kurz vor der Wahl als Grundlage und Maßstab angenommen. Sie lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“ Der Bundestag muss diese Arbeitsdefinition wie bereits das Europäische Parlament zur Grundlage seiner Arbeit machen.
8. Wir erwarten eine klare und eindeutige Abwehr aller Versuche, Israel mit einem Boykott von Waren, Investitionen sowie kulturellem und wissenschaftlichem Austausch zu überziehen; das gilt besonders für die sogenannte BDS-Bewegung („Boykott, De-Investitionen, Sanktionen“). Jede staatliche Unterstützung für diese Boykottbewegungen muss ausgeschlossen sein, insbesondere auch die Förderung von Organisationen, die die BDS unterstützen.
9. Unsere Verantwortung gegenüber den Juden in Deutschland muss ernst genommen werden; sie müssen geschützt und ihre Religion, Kultur und Einrichtungen gefördert werden. Dazu gehört auch der soziale Schutz – so muss die Diskriminierung der jüdischen Zuwanderer gegenüber „Auslandsdeutschen“ in Rentenfragen beendet werden.
10. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft wird in diesem Sinne alles tun, um die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Parlament und Regierung fortzusetzen. Das gilt vor allem im kommenden Jahr 2018, in dem wir dem Staat Israel und seinen Menschen zu seinem 70. Geburtstag gratulieren wollen und das Land mit streitlustiger Demokratie, gelebter Vielfalt, lebendiger Innovationskraft, tiefer Geschichte und überwältigender Natur noch bekannter machen wollen.